

Zeittafel der Integration und Integrationsmodelle Europas 1946-2006

Anja Opitz/Sabine Griesser/Alexander Siedschlag

An dieser Zeittafel wird weitergearbeitet. Dies ist Version 2.0 vom 04. März 2007



www.european-security.info

Ausgangslage nach dem 2. Weltkrieg

- Anknüpfungspunkte u.a.: Einigungsideen und -bewegungen der Zwischenkriegszeit (z.B. Paneuropa-Union), historische europäische Integrationsordnungen (z.B. im Habsburgerreich), Sachzwänge ökonomischer Interdependenz
- Unmittelbarer Anlass: Selbstkonfrontation mit dem Bedeutungsverlust der europäischen Mächte zugunsten der beiden Weltmächte
- Motive der Integration zu diesem Zeitpunkt:
 - > Wunsch nach einem neuen Selbstverständnis – Europa sollte neue Gemeinschaftserfahrung in Europa geboten werden
 - > Demokratisch verfasstes Europa
 - > Sicherheit und Frieden
 - > Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand

1946	Churchill in Zürich	„ Vereinigte Staaten von Europa“ 1. Schritt hierzu: Bildung eines Europarats – Churchill sprach von einer Union beitragswilliger Länder unter der Führung Deutschlands und Frankreichs Gründung der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
1947	COMINFORM	Shdanow entwirft in seiner Gründungsrede die Zwei-Lager-Theorie: Demokratisch-antiimperialistisches und antidemokratisch-imperialistisches Lager: Blockbildung in Europa und Ost-West-Teilung des Integrationsprozesses. Zur Begründung der osteuropäischen (plan)wirtschaftspolitischen Integration siehe COMECON (1949)
1948/50	Europa-Kongress Den Haag	Etablierung des Europarates Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul- Henri Spaak und Konrad Adenauer Geburtsstunde für die europäische Bewegung – Kontroverse zwischen Unionisten und Föderalisten Zentraler Streitpunkt: Souveränitätsverzicht Aufgaben des Europarates: Aufbau und Sicherung der Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse – Einhaltung der Menschenrechte – Hüter der Demokratie und Menschenrechte

1949	RGW/COMECON	Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war eine (1991 aufgelöste) Organisation der Ostblockstaaten mit Sitz in Moskau, die für die gegenseitige Abstimmung und Hilfe zwischen den sozialistischen Planwirtschaften sorgen sollte (engl.: Council for Mutual Economic Assistance, COMECON).
1950	Schuman-Plan	9. Mai (heutiger „Europatag“ der EU) Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman über die Unterstellung der deutsch-französischen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Behörde. Möglichkeit für andere Staaten, dieser Behörde beizutreten → Entwicklung der EGKS.
1951	EGKS	erste supranationale Organisation – auf Initiative Robert Schuman – für Kohle und Stahl einen gemeinsamen Markt schaffen – gemeinsame Kontrolle, Planung und Verwertung der Grundstoffe Staaten: Frankreich, Deutschland, Italien und Benelux-Staaten Motiv: Beseitigung der deutsch-franz. Erbfeindschaft und Grundsteinlegung für eine europ. Föderation Vorgehen nach funktionalistischem Integrationstyp : durch Integration einzelner Sektoren ergibt sich ein Sachlogischer Druck zur Übertragung weiterer Funktionen bis eine umfassende Union erreichbar
1952	EVG (→ EPG)	Anstrengung eine gemeinsame europäische Armee unter einem europäischen Verteidigungsminister unter Initiative René Pleven (franz. Premier) – nationale Rechte würden jedoch stark berührt, da Streitkräfte nat. Souveränität unterliegen – schon hier Einfluss unterschiedlicher Integrationsansätze: Supranationalität + Konföderation – so auch im daraufhin entworfenen übergreifenden Vertrag über eine Europäische Politische Union: Exekutivrat und unmittelbar gewählte Volkskammer als supranationales Element und Rat der nationalen Minister als konföderales Element
1955/56	Spaak-Bericht	Bildung von Gemeinschaftsinstitutionen nicht mehr im Vordergrund, sondern Definition der Zielsetzung und des künftigen Aufgabenfelds der Gemeinschaft, um dann flexibel Mittel zur integrationspolitischen Umsetzung festzulegen (nahe der Methode Monnet)
1955 1957	Konferenz von Messina – Römische Verträge	Konferenz der Außenminister des EGKS – EWG und EURATOM – im Rahmen der EWG wird eine Zollunion angestrebt. Weitere Entwicklungsziele: Errichtung eines gemeinsamen Marktes – Beseitigung von Zöllen und Schaffung eines gemeinsamen Außenzolls; Gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten – freier Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr , Aufbau gemeinsamer Politiken (Agrarpolitik und Außenhandelspolitik)

1960-er Jahre : Krisen und Stagnation

Scheitern der EVG → Interesse galt nun wirtschaftl. Bereich – franz. Widerstände: Befürwortung einer lockeren Zusammenarbeit der Staaten, ohne weit reichend **Souveränität** abgeben zu müssen.

1960

Gründung der Freihandelszone **EFTA** als Reaktion auf Gründung EG – 1994 geht daraus der EWR hervor

1961

Abschluss erster **Assoziierungsabkommen** – Griechenland

1961/62 **Fouchet-Pläne**

Plan für eine **Europäische Politische Union (EPU)** (Versuch eines neuen Impulses für **Gemeinschaftsmethode** und **Funktionalismus**).

Fouchet-Plan I: Intergouvernementalistisch geprägt, aber für eine weitere Entwicklung **supranationaler** Strukturen offen. Der Plan geriet in **Junktim-Politik** in Bezug auf den Mitgliedschaftsantrag des Vereinigten Königreichs (1961). Die Niederlande verlangten die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an den Verhandlungen über das EPU-Statut. Frankreich wehrte sich gegen die Aufnahme des Vereinigten Königreichs und gegen eine von den anderen Verhandlungspartnern geforderte Supranationalisierung der EPU - bei gleichzeitiger Forderung der Entfernung wirtschafts- und verteidigungspolitischer Dimensionen aus dem EPU-Statut. (→ Problem der **Vor-Beitritts-Strategie!**)

Trotzdem 1962 Kompromiss in der Fouchet-Kommission. Dann aber Vorlage des **Fouchet-Plans II**, der nur noch eine **intergouvernementale** Zusammenarbeit vorsah. Außerdem lehnte Frankreich die EPU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs ab. Nach Erfolg versprechenden bilateralen Verhandlungsrunden scheiterte das Projekt EPU jedoch im April 1962 endgültig.

1965

Unterzeichnung des Fusionsvertrags (in Kraft getreten am 1. Juli **1967**): Einsetzung eines gemeinsamen **Rates** und einer gemeinsamen **Kommission** der Europäischen Gemeinschaften – Zusammenlegung von EWG, Euratom und EGKS

Krise der Gemeinschaft wegen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Frankreich bleibt den Sitzungen des Ministerrates fern.

1966 **Luxemburger Kompromiss**

Ministerrat sollten Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit zu wichtigen Sachgebieten möglich sein – diesen Übergang versuchte Frankreich zu verhindern – Politik des leeren Stuhls – Kompromiss: **Vetorecht** für jeden Mitgliedstaaten in gravierenden Fragen des nationalen Interesses

Stocken des **spill-over** + Gefahr des **spill-back** → **Intergouvernementalismus** auch als Analysemethode

1969	Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)	Auf der Grundlage des Davignon-Berichtes. Ziel: Europa soll sich künftig in allen wichtigen Fragen mit einer Stimme äußern, auch innerhalb internationaler Organisationen und Konferenzen (z.B. UN, KSZE) (vgl. heutige Aufgaben des Ratsvorsitzes)
1974	Europäischer Rat	durch Beschluss der Regierungschefs gebildet – er legt Grundlinien der EG-Politik fest und trägt wesentlich zum Integrationsprozess bei – Intensivierung der EPZ – Schwächung der Kommission. Ziele u.a.: Entwicklung gemeinsamer Interessen und einer gemeinsamen Identität auf internationaler Ebene
1975	Lomé-Abkommen	Unterzeichnung des ersten Lomé-Abkommens der EG mit 46 AKP-Staaten
1979	EWS und EP	erste Wahl zum Europäischen Parlament (EP) und Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) auf Initiative von Schmidt und Giscard d`Estaing Tendenz, Integration sowohl politisch als auch politikwissenschaftliche als Unterfall von Interdependenz und Transnationalität (Nye/Keohane) zu sehen → wenig Wandel in der Integrationstheorie, aber verstärkter Übergang vom Funktionalismus zum Neofunktionalismus (Cultivated Spill-over, Loyalitätstransfer usw.)

1980 – 89 Vertiefung und Süderweiterung

1981-1986	Erweiterungsrunde	Griechenland – Portugal, Spanien
1985	Schengener Abkommen	intergouvernementale Vereinbarung einzelner Mitgliedstaaten Schrittweiser Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen der Mitgliedstaaten – 1995 Durchführungsabkommen zum Schengener Vertrag tritt in Kraft: Beginn des vollständigen Abbaus der Grenzkontrollen
1986/88	Luxemburger Gipfel	Einheitliche Europäische Akte (EEA) Ergänzung und Modifizierung des Römischen Verträge „Vier Freiheiten“ Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992 – so auch im Weißbuch der Kommission 1980 Wirtschafts- und währungspolitische Kooperation im Hinblick zur Konvergenz Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat Zusammenführung der EPZ mit der EG – somit vertragliche Grundlage

1989	Charta der Grundrechte	unterzeichnet – soll das Binnenmarktprojekt ergänzen und Maßnahmen im Sozialbereich ermöglichen
1990	Deutsche Einheit	Mittel- und Osteuropa Aufbruch in die Moderne – Europa-Abkommen mit MOE-Ländern – Kopenhagener Kriterien Folgen – sowie 1995 Beitritt der in EFTA organisierten Länder Österreich, Schweden, Finnland
1991	Europa-Abkommen	förmliche Assoziierungsverträge Vereinbarungen über Marktöffnung, finanzielle Hilfe und politischen Dialog
		Theoretischer Niederschlag der einsetzenden europäischen Reformdiskussion: Bestehende theoretische Konzeptionen werden modifiziert und weiterentwickelt (z.B. liberaler Intergouvernementalismus , Two-level Games) → Integrationsanalyse als High-level-Entscheidungsanalyse
1992/93	Maastricht	<p>symbolisiert neue Qualität der Integration – geprägt durch Einsicht: zu einheitlichem Binnenmarkt gehört eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die in eine politische Union mündet</p> <p>Einführung der Unionsbürgerschaft – Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen und Einführung Föderaler Elemente: Subsidiaritätsprinzip, Ausschuss der Regionen (AdR)</p> <p>Verstärkung intergouv. Zusammenarbeit in Form von GASP und GRIP (heute: Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, PJZS)</p> <p>Vertrag über die Europäische Union: „Tempelkonstruktion“</p> <p>Diskussion: Verlust der stabile DM; bürokratische Zentralisierung in Brüssel; Verlust nationaler Identität und Politischer Gestaltungsfreiheit</p> <p>Revisionsklausel: 1996 ist eine neue Regierungskonferenz anzuberaumen – „Amsterdam“</p> <p><u>1. Säule – Supranationaler Charakter</u></p> <p>3 Gemeinschaften – vertragliche Grundlagen ergänzt und erneuert</p> <p>Errichtung der WWU bis 1999 – einheitliche Währung, Preisstabilität, Errichtung Zentralbank</p> <p>Subsidiaritätsprinzip –</p> <p><u>2. Säule – Intergouvernementaler Charakter</u></p> <p>GASP: jeder Mitgliedstaat behält seinen Gestaltungsspielraum, da Entscheidungen des Rat Einstimmigkeit bedürfen</p> <p>Integration der WEU als fester Bestandteil der Union: längerfristig soll zur GASP eine gemeinsame Verteidigung und Verteidigungspolitik gehören – so soll WEU Entscheidungen und Aktionen mit verteidigungs-Politischen Zügen von WEU ausgearbeitet und durchgeführt werden</p> <p><u>3. Säule – Intergouvernementaler Charakter</u></p> <p>Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (Gemeinsame Rechts- und Innenpolitik, GRIP): Asylpolitik, Kontrolle von Grenzüberschreitungen, Einwanderungspolitik – inzwischen teils in die 1. Säule übernommen, deshalb Reduzierung der 3. Säule auf PJZS</p>

1993	Erweiterung	Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Schweden (Beitritt 1995)
	Kopenhagener Kriterien	für Mitgliedschaft der MOE-Staaten: Institutionelle Stabilität für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung – Wahrung der Menschenrechte und Schutz vor Minderheiten; funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit dem Wettbewerb standzuhalten; Übernahme des acquis communautaire (Ziele Union, Vertragswerk); Fähigkeit der Union , neue Mitgliedstaaten wirkungsvoll zu integrieren
1994	Essener Gipfel	Heranführungsstrategie („ pre-accession strategy “) – Fahrplan für Anpassung an den Binnenmarkt
1997/99	Vertrag von Amsterdam	1997 unterzeichnet, 1999 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam sind Bestimmungen des EU-Vertrags, der Verträge zur Gründung der Gemeinschaft und einiger mit diesen Verträgen zusammenhängenden Rechtsakte geändert worden. Er tritt nicht an die Stelle der übrigen Verträge, sondern ergänzt sie. Nach der EEA (Einheitliche Europäische Akte) und dem Vertrag von Maastricht ist dies die dritte große Vertragsrevision. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments werden bedeutend erweitert. Hauptziel: EU soll bürgernah werden – Legitimität erhöhen – institutionelle Reformen für Aufnahme neuer Mitgliedstaaten → Politische Methode: Offene Koordinierung und Flexibilisierung .
		Verbesserung und Reduktion von Entscheidungsverfahren Vergemeinschaftung großer Teile des Schengen-Besitzes Zusammenarbeit im ZJI zur schrittweisen Errichtung eines Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts; Anzahl der Sitze im EP auf 700 begrenzt – Mitentscheidungsverfahren ausgeweitet und gestrafft Stärkung der Position des Kommissionspräsidenten; Mehrheitsentscheidungen im Rat Europäische Union als eigenständiges Gebilde mit spezifischen Merkmalen („Staatenverbund“?) → neue politikwissenschaftliche Analysemethoden: Ansätze aus der Policy-Netzwerkanalyse und der Governance-Analyse GASP wird Hoher Vertreter zur Seite gestellt Effiziente und kohärente GASP: Petersberg-Aufgaben: Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze – friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei Krisenbewältigung und friedensschaffende Maßnahme
1997	Agenda 2000	Kommission legt diese vor – sie enthält den Finanzrahmen 2000-2006 – Osterweiterung zu ermöglichen Umstrukturierung der Agrar- und Strukturpolitik
	Luxemburger Gipfel	Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern

1999	Helsinki	Europäischer Rat; Integrationsprojekt: Aufbau der ESVP auf Grundlage der GASP
		<p>Beschlüsse: Selbstverpflichtung, innerhalb von 60 Tagen in der Lage zu sein, militärischen Einsatz bis zu einem Jahr lang durchzuführen Aufbau ständiger politischer und militärischer Gremien innerhalb des Rats Maßnahmen zur Konsultation und Kooperation mit NATO-Mitgliedern, die nicht gleich EU-Mitglied – Fähigkeit der EU, sich an Maßnahmen der Konfliktprävention zu beteiligen, dort wo NATO nicht als Ganzes tätig wird Beitrittsverhandlungen mit Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Malta – Türkei erhält Beitrittskandidaten-Status</p>
2000	Nizza	<p>Reform der Kommission: 2005 jeder Mitgliedstaat hat 1 Kommissar Stimmengewichtung im Rat: Bestandteil des Mehrheitssystems – Mehrheitsentscheidung dann, wenn Mehrheit der Staaten und der Bevölkerung erreicht; Sitzverteilung im Parlament angepasst Veto-Recht bei der verstärkten Zusammenarbeit wird, bis auf den Bereich der GASP, abgeschafft Proklamation der Grundrechtscharta Einberufung eines Konvents – Beschlüsse sollen 2004 in eine Regierungskonferenz münden Ziel: Handlungsfähige Union mit 27 Mitgliedstaaten</p>
	Lissabon-Prozess	<p>In Lissabon definierte der Europäische Rat eine Strategie, die zum Hauptziel hat, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, und legte Ziele für die Bereiche Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt fest. Das Thema Umwelt oder der übergreifende Ansatz der nachhaltigen Entwicklung wurden nicht erwähnt.</p>
2001	Göteborg	<p>Europäische Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt und angenommen, dabei wurden die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und Rahmenprinzipien zur Sicherung der Altersvorsorgesysteme bekräftigt. Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie erweiterte die Strategie von Lissabon um die Umweltdimension. EU-Programm zur Verhütung gewaltsamer Konflikte und zum Zusammenwirken mit internationalen Organisationen im Krisenmanagement.</p>
	Laeken	<p>Der Europäische Rat in Laeken nimmt eine Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union an und ebnet damit den Weg für die künftige große Reform der Union. Er beschließt die Einberufung eines Konvents, der die nächste Regierungskonferenz vorbereiten soll. Außerdem fasst er Beschlüsse, die zum einen auf eine Stärkung der Rolle Europas auf internationaler Ebene vor allem bei der Terrorismusbekämpfung abzielen, zum anderen auf den Abschluss der Verhandlungen mit den beitragsfähigen Ländern vor Ende 2002, damit diese im Jahr 2004 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können. Ferner verabschiedet er eine Erklärung zur Einsatzfähigkeit auf dem Gebiet der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine Erklärung zur Lage im Nahen Osten.</p>

2003	Verfassungsvertrag	Der legt Konvent einen Entwurf eines Verfassungsvertrages für die EU vor. Die Europäische Verfassung wird daraufhin in Rom unterzeichnet. Der so entstandene Verfassungsvertrag musste noch von allen 25 Mitgliedern ratifiziert werden, um in Kraft treten zu können. Im Mai und Juni 2005 lehnten jedoch die Franzosen und Niederländer den Verfassungsvertrag in Volksabstimmungen ab . Daraufhin verschoben das Vereinigte Königreich und andere Mitgliedstaaten die Ratifizierung auf unbestimmte Zeit.
2004	Erweiterung	Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.
2005	Beitritt(sverhandlungen)	<p>Das Europäische Parlament gibt seine Zustimmung zu den Anträgen der Republik Bulgarien und der Republik Rumänien auf Mitgliedschaft in der EU. Der Beitritt erfolgt 2007.</p> <p>Eröffnung der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und Kroatien.</p> <p>Konstruktivistische Wende in der Europaforschung → kollektive Identitätsanalyse, Analyse europapolitischer Diskurse; nationale Interessentransformation durch europäische Institutionalisierung und Identitätsbildung? → Politische Methode?: Finalität, Long Term Vision, Prinzipienklärungen, Weltbildkommunikation oder doch Rückkehr zur Methode Monnet, auch im Sinn eine Binnendifferenzierung der Union (v.a. verstärkte Zusammenarbeit)?</p>